Grzegorz Motyka

Der polnisch-ukrainische Gegensatz in Wolhynien und Ostgalizien

In der Zweiten Polnischen Republik bildeten die nationalen Minderheiten ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Die zahlenmäßig größte Gruppe waren die Ukrainer. Man geht davon aus, daß innerhalb der Grenzen des wiederentstandenen Polnischen Staates etwa fünf Millionen Ukrainer lebten und damit einen Anteil von 16 Prozent aller polnischen Bürger stellten. In Wolhynien und Ostgalizien, das in der offiziellen Amtssprache Ostkleinpolen hieß, bildeten die Ukrainer sogar die größte Bevölkerungsgruppe, und die Polen waren dort eine Minderheit[1]. Die Wojewodschaften Wolhynien, Stanisławów und Tarnopol umfaßten geschlossene ukrainische Siedlungsräume, wenngleich in der letzteren viele Polen in Streusiedlungen lebten. Ukrainischen Charakter hatten auch der Ostteil der Wojewodschaft Lemberg und der Südteil der Wojewodschaft Polesien[2].

Viele Ukrainer waren der Ansicht, daß auf dem Territorium Wolhyniens und Ostgaliziens ein unabhängiger ukrainischer Staat entstehen müßte, und deshalb betrachteten sie im Jahre 1919 die Einverleibung dieser Gebiete in die Zweite Polnische Republik als Okkupation. Die Antagonismen wurden durch die falsche Nationalitätenpolitik der polnischen Behörden angefacht. Diese Politik machte die ukrainische Minderheit zu Bürgern zweiter Klasse und führte, wie Ryszard Torzecki zu Recht bemerkt, zu einer »Konsolidierung der nationalen Bewegung der

---

1 Neben Polen und Ukrainern lebten in Wolhynien und Ostgalizien auch viele Juden. Für die Darstellung der Beziehungen zwischen dem polnischen Untergrund und den Juden wäre eine besondere Analyse erforderlich. Deshalb wird in diesem Aufsatz nur die ukrainische Frage behandelt. Unter den Arbeiten, die die jüdische Bevölkerung betreffen, sind zu empfehlen: Eliyahu Jones, Żydzi Lwowa w okresie okupacji 1939–1945, Łódź 1999; Shmuel Spector, The Holocaust of Volhynien Jews 1941–1944, Yad Vashem, Jerusalem 1990; Zanna M. Kovba, Ljudjanist' u bezodni pekla. Povedinka miscevoho naselennja Schidnoi Halyčyny v roku »ostatočnoho rozv'jazannja evrejs'koho pytannja«, Kyïv 1998. Eliyahu Jones (S. 229) beurteilt die polnisch-jüdischen Beziehungen in Ostgalizien wie folgt: »Unter den Polen gab es welche, die die Juden haßten und sich als Denunzianten und Erpresser betätigten, aber in vielen Ortschaften hatte man gemeinsam den Schutz gegen die Bandera-Leute organisiert; auf den Dörfern fanden die Bauern in den Juden Kampfgefährten, und in den Städten machte man sich das von ihnen zurückgelassene Eigentum zunutze.«

2 Vgl. Ojczyzna nie tylko Polaków. Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918–1939, Warszawa 1985.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Ukrainer und zu einer Verstärkung der nationalistischen Stimmung, die bereits die Vorahnung kommender Vergeltung in sich trug«[3].

Im September 1939 besetzten gemäß dem Ribbentrop-Molotow-Vertrag sowjetische Truppen den größten Teil der von Ukrainern bewohnten Gebiete. Am 22. Oktober 1939 fanden dann unter strenger Aufsicht des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKVD) und der Miliz die »Wahlen« zur Volksversammlung der West-Ukraine statt. Zur Wahl stand in der Regel nur ein einziger Kandidat. Am 27. Oktober faßte die Volksversammlung den Beschluß über den Anschluß der west-ukrainischen Gebiete an die UdSSR. Die neue Staatsmacht begann mit der Anpassung des gesellschaftspolitischen und administrativen Systems an die sowjetische Gesellschaftsordnung. Unmittelbar nach dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte begannen die Verhaftungen von Beamten, von aktiven Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie von Personen, die zu der wirtschaftlich besser gestellten Schicht gehörten und damit der Ausbeutung von Armen beschuldigt wurden. Es fanden Massenentlassungen von Angestellten statt, die dem sowjetischen Staat gegenüber als nicht loyal galten. Die größte Unterdrükkungsaktion der sowjetischen Behörden waren die Deportationen ins Innere der UdSSR, von denen mehrere zehntausend Menschen betroffen waren. Die genannten Repressalien erstreckten sich in erster Linie auf die polnische Bevölkerung. Mitte 1940 änderte sich die Politik der Behörden; von diesem Zeitpunkt an richteten sich die meisten Polizeiaktionen gegen Ukrainer. Über die Sowjetisierung berichtet Wanda Krystina Roman ausführlich in diesem Sammelband.

Die Politik der kommunistischen Behörden hatte zur Folge, daß man ihnen allgemein ablehnend gegenüberstand. Bei den Polen, den Ukrainern, aber auch den Juden gab es Untergrundorganisationen. Die wichtigste polnische Organisation war der Bund für den bewaffneten Kampf (ZWZ), der wichtigste ukrainische Zusammenschluß die Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN). Während der ZWZ durch gezielte Schläge und die vom NKVD durchgeführten Verhaftungen ganz erheblich geschwächt wurde, kam die Organisation der Ukrainischen Nationalisten mit den Bedingungen der sowjetischen Okkupation erheblich besser zurecht[4]. Ihre Untergrundtätigkeit führte jedoch zu einer Intensivierung der kommunistischen Repressalien gegenüber der ukrainischen Bevölkerung[5].

Viele Ukrainer begrüßten den deutsch-sowjetischen Krieg. Sie gingen davon aus, mit Hilfe des »Dritten Reiches« einen unabhängigen ukrainischen Staat nach dem Vorbild von Ante Pavelićs Kroatien oder Jozef Tisos Slowakei gründen zu

---

3 Ryszard Torzecki, Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej, Warszawa 1993, S. 14.

4 Vgl. den Beitrag von Timothy Snyder in diesem Band.

5 Zum Thema polnischer und ukrainischer Untergrund siehe u.a.: Jerzy Węgierski, Lwowska konspiracja narodowa i katolicka 1939-1946, Kraków 1994; ders., Lwów pod okupacją sowiecką 1939-1941, Warszawa 1991; Rafał Wnuk, Polska konspiracja we Lwowie (IX 1939-II 1940), in: Polska: walka, opozycja, niepodległość. Studia z dziejów II RP, Polskiego Państwa Podziemnege i PRL, hrsg. von Adam F. Baran, Sandomierz 2000; Ryszard Torzecki, Polacy i Ukraińcy (wie Anm. 3); Grzegorz Mazur, Polityka sowiecka na »Zachodniej Ukrainie« 1939-1941. Zarys problematyki, in: Zeszyty Historyczne, (1999), 130.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

können. Die OUN, die allerdings durch den Zerfall im Jahre 1940 in zwei sich bekämpfende Fraktionen (die Anhänger Andrij Melnyks bzw. Stepan Banderas) geschwächt war, unterstützte aktiv die vorrückende Wehrmacht. Man griff die im Rückzug befindlichen Verbände der Roten Armee und des NKVD an. Am 30. Juni 1941 riefen Banderas Anhänger im deutsch besetzten Lemberg einen unabhängigen ukrainischen Staat aus. Dieser Akt stieß jedoch auf die Ablehnung Deutschlands. Die Anführer der Gruppierung, u.a. Bandera und Jaroslav Stec'ko, wurden verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Der Rest der Organisation sah sich gezwungen, erneut in den Untergrund zu gehen. Die ukrainischen Hoffnungen erfuhren ihren letzten schmerzhaften Stoß durch die Entscheidung Hitlers bezüglich der Aufteilung der Ukraine. Ostgalizien wurde als selbständiger Distrikt dem Generalgouvernement und Wolhynien dem Reichskommissariat Ukraine zugeschlagen. In letztgenannter Region entfaltete sich ein besonders brutales Besatzungsregime[6].

Die Polen nahmen die Haltung des »Dritten Reiches« gegenüber der ukrainischen Eigenstaatlichkeit mit Erleichterung auf. Grzegorz Hryciuk schrieb hierzu: »Im Juli 1941 zeigte es sich, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung in Lemberg mehr Angst vor der Entstehung eines unabhängigen ukrainischen Staates als vor der deutschen Besatzung hatte[7].« Unmittelbar hinter den deutschen Verbänden tauchte ein vom Befehlshaber des ZWZ, General Stefan »Grot« Rowecki, entsandtes Kommando des polnischen Untergrundes auf. Es hatte den Auftrag, die Reste der vom NKVD zerstörten Untergrundstrukturen zu übernehmen und die Organisation wieder aufzubauen. So verfügte der ZWZ in Ostgalizien und in Wolhynien bereits Ende des Jahres 1941 über ein gut funktionierendes Netz. Im Jahre 1942 wurde er – ebenso wie in ganz Polen – in die Heimatarmee umgewandelt.

Die Heimatarmee bereitete sich bekanntlich darauf vor, einen allgemeinen Aufstand auszurufen. In den Plänen des Aufstandes ging man von einer Wiederholung der Situation von 1918 aus. Der Aufstand sollte beginnen, sobald die deutschen Streitkräfte sich im Zustand der allgemeinen Auflösung befänden, und seinen Ausgang im Gebiet der sogenannten Basis, sprich in Zentralpolen (Generalgouvernement ohne den Distrikt Galizien), nehmen, wo die polnische Bevölkerung die Mehrheit bildete. Die Heimatarmee in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik hatte den Auftrag, durch Sabotageakte gegen die Verkehrsverbindungslinien den Durchmarsch der sich von der Ostfront zurückziehenden deutschen Verbände zumindest um ein paar Tage zu verzögern. Im Jahre 1943 zeichnete sich jedoch immer deutlicher die Möglichkeit der Besetzung polnischer Territorien durch die Rote Armee ab. Die polnische Führung im Untergrund sah sich daher gezwungen, auf die Ausrufung eines Aufstandes zu verzichten und statt dessen die Sabotageakte unmittelbar im Rücken der Front zu verstärken. Nach dieser Konzeption – bekannt als Unternehmen »Burza« – sollten die Verbände der

6 Vgl. Torzecki, Polacy i Ukraińcy (wie Anm. 3); Jarosław Stećko [= Jaroslav Stec'ko], 30 czerwnia 1941 r., Toronto, New York 1967.

7 Grzegorz Hryciuk, Polacy we Lwowie 1939-1941. Życie codzienne, Warszawa 2000, S. 209.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Heimatarmee beim Herannahen der Front die deutschen Truppen angreifen und möglichst viele Gebiete in Besitz nehmen, um danach als Hausherren die Rote Armee zu begrüßen. Die Heimatarmee sollte mit der Operation »Burza« zuerst in den Ostgebieten beginnen, und in dem Maße, wie die Front sich nach Westen verlagerte, sollten sich weitere Bezirke anschließen.

Im Januar 1944 leitete als erster der Heimatarmee-Bezirk Wolhynien »Burza« ein, danach folgten die Bezirke Wilna und Nowogródek, das Lemberger Gebiet, das Ostgalizien umfaßte, und schließlich Zentralpolen. Die polnische Operation endete ungeachtet zahlreicher Erfolge im Kampf gegen die Deutschen tragisch. Die Heimatarmee wurde von sowjetischen Truppen entwaffnet. Ihre Soldaten stellte man vor die Alternative: Lagerhaft oder Eintritt in die den polnischen Kommunisten untergeordnete »Berling-Armee«[8].

Die manchmal geäußerte Ansicht, das Hauptziel von »Burza« sei die Erhaltung der Ostgebiete gewesen, ist jedoch eine Vereinfachung der Tatsachen. Die Heimatarmee war zwar ohne Zweifel bemüht, die Vorkriegsgrenzen Polens zu erhalten, aber dies war nur ein sekundäres Ziel. Das wichtigste Anliegen von »Burza« war es, der Welt zu demonstrieren, daß das polnische Volk in einem freien und souveränen, von der UdSSR unabhängigen Staat leben wollte; dafür kämpften die Soldaten der Heimatarmee – unabhängig davon, ob es in Wolhynien oder in Warschau war. Es handelte sich folglich um ein militärisch gegen die Deutschen und politisch gegen die Sowjetunion gerichtetes Unternehmen. Der Grenzverlauf eines solchen freien und unabhängigen Polens spielte dabei nur eine zweitrangige Rolle.

Diese Feststellung ändert nichts an der Tatsache, daß in Wolhynien und Ostgalizien die ukrainische Minderheit in den Aufstandsplänen als eine reale Gefahr angesehen wurde. Bereits im September 1939 hieß es in einer der Meldungen der Heimatarmee: »Die Ukrainer auf dem Lande offenbaren eine polenfeindliche Haltung und eine eindeutige Sympathie gegenüber beiden einmarschierenden Feinden [...] Diese Einstellung ist ohne Zweifel auf die Fehler unserer Ukraine-Politik sowie auf eine intensive deutsche und sowjetische Agitation zurückzuführen[9].« Die in den polnischen Berichten auftauchenden Informationen über die Nostalgie, mit der die ukrainischen Bauern sich angesichts der Wirklichkeit der sowjetischen Okkupation in der Zeit von 1939 bis 1941 an die Existenz des polnischen Staates erinnerten, waren, wie Andrzej L. Sowa zu Recht bemerkte, zum

---

8 Zur Umsetzung der Operation »Burza« vgl. Tomasz Strzembosz, Rzeczpospolita podziemna. Społeczeństwo polskie a państwo podziemne 1939–1945, Warszawa 2000; Jerzy Węgierski, W lwowskiej Armii Krajowej, Warszawa 1989; ders., Armia Krajowa na zachód od Lwowa, Kraków 1993; ders., Armia Krajowa w zagłębiu naftowym i na Samborszczyźnie, Kraków 1993; Materiały ogólnopolskiego sympozjum nt.: Operacje zbrojne Armii Krajowej kryptonim »Burza« na ziemiach kresów południowo-wschodnich II Rzeczypospolitej w 1944 r., Kraków 1994, sowie den Beitrag von Grzegorz Mazur in diesem Band.

9 Armia Krajowa w dokumentach, 1939–1945, 6 Bde, Wrocław [u.a.] 1990/91, hier Bd 2, S. 138. Die Ukraine-Frage in den Aufstandsplänen der Heimatarmee wurde erörtert von: Andrzej Leon Sowa, Kwestia ukraińska w planach Armii Krajowej, in: Dzieje Podkarpacia, Bd 3, Krosno 1999; Marek Ney-Krwawicz, Ziemie wschodnie Rzeczypospolitej Polskiej w koncepcjach walki Armii Krajowej. Zarys problemu, in: Europa Nie-prowincjalna, hrsg. von Krzysztof Jasiewicz, Warszawa, London 1999.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

größten Teil nur Wunschdenken[10]. Man ist sich sehr schnell darüber klar geworden, daß es im Augenblick des Aufstandes zu einem polnisch-ukrainischen Krieg kommen könnte. In den Plänen für den Aufstand hieß es hierzu: »Das immer schwächer werdende Deutschland wird, wenn es kein Bündnis mit der Komintern schließt, die Unabhängigkeitsbewegung der Ukrainer als natürlichen Verbündeten vor allem gegen Polen unterstützen. Die Ukrainer werden den Versuch unternehmen, einen eigenen unabhängigen Staat zu gründen, wobei sie bemüht sein werden, diesen Staat auf Ostkleinpolen, Wolhynien und Polesien auszudehnen, und zwar in etwa bis zur Linie Bug-San. – In der ersten Phase des Aufstands, in dem wir es mit dem Hauptproblem, dem deutschen Problem, zu tun haben werden, dürften sie uns in diesen Gebieten überlegen sein. Die örtlichen polnischen Kräfte werden nur unter größten Anstrengungen in der Lage sein, den Kampf um Lemberg aufzunehmen. Dieser wird ein Abwehrkampf sein. Er wird über eine längere Zeit andauern, möglicherweise mehrere Wochen, bis aus Polen eine organisierte militärische Operation als Entsatz kommen kann[11].« Dabei wurde mit Besorgnis festgestellt, daß der polnisch-ukrainische Konflikt von der »feindlichen Propaganda als neuer ›Eroberungskrieg‹« dargestellt werden könnte[12].

Der Entsatz für die Armia Krajowa in Lemberg sollte erst dann in Marsch gesetzt werden, wenn die aufständischen Verbände Großpolen, Schlesien und Pommern in Besitz genommen hätten. Zu diesem Zweck waren starke Kräfte vorgesehen. Aus den Ausgangsstellungen im Raum Jarosław–Przemyśl–Sanok sollten Verbände der Heimatarmee aus ihrem Unterbezirk Rzeszów in Richtung Lemberg angreifen. Die Kräfte des Lubliner Bezirks waren angewiesen, die Offensive aus dem Raum Tomaszów Lubelski vorzutragen[13]. Im Rahmen der laufenden Vorbereitungen auf die künftige Konfrontation mit den Ukrainern versuchte die polnische Aufklärung festzustellen, mit welchen Kräften es die Heimatarmee zu tun haben würde. Man bemühte sich auch, die Ungarn als Verbündete zu gewinnen, die daran interessiert waren, daß Ostgalizien zum Bestand des polnischen Staates gehörte. Die Ungarn lieferten der polnischen Seite Material über die Lage in dieser Region und konnten dort auf ein eigenes Spionagenetz zurückgreifen. Es wurden Gespräche über die Aufstellung zumindest einer polnischen Division in Ungarn aus den dort internierten Soldaten geführt. Dieser Verband war für die Verlegung nach Lemberg bestimmt[14].

Man verzichtete auch nicht auf politische Aktivitäten. Das Ziel entsprechender Maßnahmen beschrieb General Rowecki wie folgt: »Diese Kampagne zur Besetzung unserer Ostgebiete kann man sich leichter machen, wenn nicht gar völlig vermeiden, durch entsprechende Propagandamaßnahmen zur richtigen Zeit, zumindest in Wolhynien, sowie durch die Schwächung des Widerstandes in Ostkleinpolen, indem wir einen Teil der dortigen ukrainischen Bevölkerung für uns

10 Sowa, Kwestia ukraińska (wie Anm. 9), S. 298.
11 Armia Krajowa (wie Anm. 9), Bd 2, S. 330 f.
12 Ebd.
13 Vgl. Materiały ogólnopolskiego sympozjum (wie Anm. 8).
14 Studium Polski Podziemnej w Londynie [Studium des Polnischen Untergrunds in London, SPP], A9 VI. 17/7, Notizen.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

gewinnen [...] Diese Aktion zur politischen Vorbereitung der Kampagne zur Übernahme der souveränen Gebiete der Republik Polen könnte die Grundlage für eine dauerhafte Lösung der ukrainischen Frage auf polnischem Gebiet sein[15].«

Um die Gespräche mit den Ukrainern in Polen zu erleichtern, drängte Rowecki die polnische Regierung in London, Maßnahmen zur Normalisierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen zu ergreifen. Er war der Ansicht, daß die Regierung eine eindeutige Erklärung abgeben sollte, wonach die nationalen Minderheiten den polnischen Bürgern der Republik Polen rechtlich gleichgestellt und deren kulturelle Entwicklung im vollen Umfang gewährleistet würden.

Die Thesen zur Ukrainepolitik wurden in London in der Zeit vom 25. bis zum 27. März 1943 bei der gemeinsamen Tagung des Ministerausschusses und des Ausschusses für Innerpolnische Angelegenheiten verabschiedet. Am 31. März 1943 bestätigte sie der Ministerrat und ließ sie per Funk nach Polen übermitteln. Sie hatten folgenden Wortlaut:

»Die Regierung [...] steht auf dem Standpunkt:

a) Der ukrainischen Bevölkerung im Polnischen Staat muß die volle, rechtliche und faktische Gleichberechtigung auf politischem, kulturellem, sprachlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gewährt werden, insbesondere durch die Einführung einer umfassenden territorialen Selbstverwaltung bis zur Wojewodschaftsverwaltung, die mit gesetzgebenden Befugnissen für örtliche Angelegenheiten ausgestattet ist, welche nicht der staatlichen Gesetzgebung unterliegen bzw. von ihr veranlaßt werden.

b) Die Regierung ist bereit, den Ukrainern eine kulturelle Unterstützung seitens des Staates durch entsprechende Zuwendungen zu garantieren, insbesondere durch die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg und die Sicherstellung der finanziellen Grundlagen von kulturellen Institutionen wie beispielsweise der Ševčenko-Gesellschaft[16].«

Weitere Versprechen erhielten die Ukrainer bezüglich der Stellung der griechisch-katholischen und orthodoxen Kirche, der Durchführung einer gerechten Bodenreform und der Aufnahme von drei Vertretern der ukrainischen Bevölkerung in ein polnisches Nachkriegs-Parlament. Ebenso stellte die Erklärung die Beschäftigung einer gewissen Anzahl von Ukrainern im Staatsapparat und die kulturelle und religiöse Betreuung der bei den polnischen Streitkräften dienenden ukrainischen Soldaten in Aussicht. Als Gegenleistung erwartete man von den Ukrainern eine versöhnlichere Einstellung in der Presse gegenüber Polen, die Bildung einer gemeinsamen Front gegen Deutschland und Erklärungen gegen die sowjetischen Ansprüche.

Die Resultate der Tagung sind in Polen nie veröffentlicht worden. Verantwortlich hierfür waren nationaldemokratische Kreise, die dem Beschluß ablehnend gegenüber standen. Nach Ansicht von Czesław Partacz, der aus seiner Sympathie für die damalige nationaldemokratische Politik keinen Hehl machte, »konnten die Thesen der Regierung den Ehrgeiz und die Erwartungen der polnischen Bevölke-

15 Armia Krajowa (wie Anm. 9), Bd 2, S. 142.

16 Vgl. Torzecki, Polacy i Ukraińcy (wie Anm. 3), S. 216; vgl. auch Jan Seret [= Andrzej Friszke], Rząd polski w Londynie a kwestia ukraińska (1943), in: Krytyka, (1987), 26.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

rung in den Südostgebieten nicht zufriedenstellen, die die deutsche Politik und die Tätigkeit der Ukrainer zu Menschen zweiter Klasse werden ließen [...] Die Erklärung rief unter den Polen in Ostkleinpolen Verbitterung, Empörung und Unruhe hervor und beeinträchtigte ihr Vertrauen in die Regierung. Die nationaldemokratischen Fachleute vom Ostbüro konnten sich mit ihr erst am 3. Juni 1943 vertraut machen. Sie stellten fest, daß diese Erklärung auf Informationen aus dem Innern Polens basierte, die ihnen nicht bekannt seien, und daß ihr Inhalt für die Interessen Polens schädlich sei. Weiterhin konstatierten sie, daß diese Beschlüsse bei den Ukrainern die Überzeugung aufkommen ließen, die internationale Stellung Polens müsse sehr schwach sein, wenn die Regierung solch einen Schritt mache. Die Ukrainer wurden sich ihrer Ziele noch sicherer und hochmütiger[17].«

Der Regierungsbeschluß verursachte heftige Diskussionen innerhalb des polnischen Untergrundes. Die Verhaftung des Befehlshabers der Heimatarmee, General Roweckis (30. Juni 1943), und des Abgesandten der Regierung für Polen (Delegat Rządu na Kraj), Jan Piekałkiewicz' (19. Februar 1943), durch die Gestapo machte es den erklärten Gegnern des Beschlusses leicht. Am 30. Juli 1943 gab die Politische Landesvertretung (Krajowa Reprezentacja Polityczna) einen »Aufruf an das Ukrainische Volk« heraus, der – so Ryszard Torzecki – »einen Kompromiß der Parteien in dieser Angelegenheit darstellte«[18]. In dem Aufruf hieß es unter anderem:

> »Der Triumph der Gerechtigkeit über Zwang und Gewalt ist nah [...] Polen, dessen Anteil am Kampf sehr groß ist und das ungeheuer große Opfer erbringen und Leiden erdulden mußte, wird aus diesem Kampf siegreich hervorgehen und zusammen mit seinen Alliierten am Wiederaufbau einer neuen besseren Welt teilnehmen.
>
> Die ukrainische Bevölkerung, desorientiert durch die feindliche Propaganda und durch diejenigen, die sich für ihre Führer halten und angeblich den Willen des ukrainischen Volkes zum Ausdruck bringen, hat zum größten Teil einen anderen Weg als die Polen gewählt, nämlich den Weg der Zusammenarbeit mit dem Okkupanten [...] das ukrainische Volk muß schon jetzt schwer und blutig für diese naive und anbiedernde Politik zahlen. Die Bilanz der vierjährigen ukrainisch-deutschen Zusammenarbeit sieht wie folgt aus: das Zerplatzen der Illusionen bezüglich einer politischen Unabhängigkeit, selbst in der bescheidensten Form, Sklavenarbeit zugunsten der Kriegsmaschinerie in Deutschland und in Polen, unbarmherzige wirtschaftliche Ausbeutung und das zuletzt gewährte ›Privileg des Blutvergießens in den Hilfsformationen der deutschen Streitkräfte‹. Völlige Isolierung in der Welt – insbesondere von den alliierten Staaten –, das ist das wichtigste Ergebnis dieser Politik im auswärtigen Bereich.
>
> Die ukrainische Bevölkerung hat auch noch die ›Zusammenarbeit‹ mit dem sowjetischen Okkupanten in guter Erinnerung. Diese zwei Jahre bolschewistischer Herrschaft haben schreckliche Erinnerungen hinterlassen. Erinnerungen an Verhaftungen, Massendeportationen und in der letzten Phase auch Exekutionen [...]
>
> Es schien, daß diese Erfahrungen das ukrainische Volk zur Besinnung bringen und es veranlassen mußten, seinen bisherigen Standpunkt zu überdenken. In den breiten Massen des ukrainischen Volkes sind die Anzeichen für solch eine Besinnung bereits

17 Czesław Partacz, Próby porozumienia polsko-ukraińskiego na terenie kraju w latach II wojny światowej, in: Polska-Ukraina: trudne pytania, Bd 6, Warszawa 2000, S. 31.

18 Torzecki, Polacy i Ukraińcy (wie Anm. 3), S. 219.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

sichtbar, aber die Akte der weiteren Zusammenarbeit mit den Deutschen sowie die Greuel- und Gewalttaten, die die vom Okkupanten aufgestachelten Ukrainer – oft aber auch aus eigener Initiative – in der letzten Zeit in den Ostgebieten der Republik Polen an der polnischen Bevölkerung begangen haben, verbreitern weiterhin den Abgrund zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Volk und machen gleichzeitig die Hoffnungen des ukrainischen Volkes zunichte.

Auf der Uhr der Geschichte kommt die große Stunde immer näher – die Stunde des Endsieges der Gerechtigkeit. Wer dies nicht spürt, der fällt ein Urteil gegen sich selbst.

Als Politische Landesvertretung des polnischen Volkes wenden wir uns in diesem historischem Augenblick an Sie mit dem Aufruf:

Kehrt um vom falschen Weg!

Macht Schluß mit der unwürdigen Abhängigkeit vom Okkupanten!

Verurteilt die bestialischen Massenmorde, die an der polnischen Bevölkerung begangen werden [...]

Wir haben für die Bestrebungen des ukrainischen Volkes zur Schaffung einer unabhängigen Ukraine volles Verständnis. Wir erklären jedoch, daß wir auf die Ostgebiete der Republik Polen, in deren südlichen Gebieten seit Jahrhunderten Polen neben Ukrainern leben, und in denen das polnische Volk im Laufe der Jahrhunderte große zivilisatorische und wirtschaftliche Leistungen vollbracht hat, nicht verzichten werden. Diese Gebiete müssen endlich zu einer Region des brüderlichen Zusammenlebens beider Völker werden. Wir garantieren in diesen Gebieten eine volle und freie Entwicklung der ukrainischen Bevölkerung nach den Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten[19].«

Das Ostbüro machte 1200 Abzüge von diesem Aufruf und verschickte sie an die wichtigsten Persönlichkeiten unter der ukrainischen Intelligenz. Der Aufruf enthielt, wie Torzecki zu Recht bemerkte, außerordentlich ungeschickte Formulierungen, »wenn man tatsächlich die Absicht hatte, mit seiner Hilfe etwas zu erreichen und nicht die beiden Seiten noch mehr zu verfeinden«[20].

Es besteht heute kein Zweifel darüber, daß die Veröffentlichung des Beschlusses der polnischen Regierung am Verlauf der Ereignisse nichts geändert hätte. Die Erklärung kam zu spät und konnte den Ukrainern nicht gefallen. Trotzdem muß die Tatsache, daß sie nicht veröffentlicht wurde, als Fehler angesehen werden. Die Bekanntgabe des Standpunkts der polnischen Regierung hätte auch heute noch eine große Bedeutung, denn sie würde den guten Willen der polnischen Regierung und ihre Absicht bekundet haben, die gewachsenen polnisch-ukrainischen Gegensätze auf demokratischem Wege zu lösen.

Man darf nicht außer acht lassen, daß die Haltung der polnischen Politiker auch von der Stimmung der polnischen Bevölkerung beeinflußt war. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen sind, wie bereits erwähnt, auch vor dem Kriege nicht die besten gewesen. Nach der Niederlage Polens im Jahre 1939 brachten die Ukrainer öffentlich ihre Freude hierüber zum Ausdruck, was für die Polen schmerzhaft war und von ihnen als Verrat betrachtet wurde. Während der sowjeti-

[19] SPP, A9 5/9, Sprawy ukraińskie w polskiej prasie podziemnej za VI, VII, VIII 43 [Die ukrainischen Fragen in der polnischen Untergrundpresse in der Zeit von Juni bis August 1943], in: Rzeczpospolita Polska, 9.8.1943.

[20] Torzecki, Polacy i Ukraińcy (wie Anm. 3), S. 219.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

schen Besatzungszeit wurden die Gegensätze noch durch die offiziell geführte Politik der Ukrainisierung verschärft, und die deutsche Politik brachte die gegenseitigen Beziehungen schließlich zum Siedepunkt. Den Höhepunkt der Feindseligkeiten stellten die Jahre 1943 und 1944 dar. Ein polnischer Aufklärungsbericht beschreibt die unter den Polen herrschende Stimmung wie folgt: »Ein politischer Liberalismus im Verhältnis zu den Ukrainern steht nicht zur Diskussion [...] Wenn irgendjemand einen anderen Standpunkt beziehen wollte, dann wäre er bei der hiesigen Bevölkerung unten durch, selbst bei noch so großer Popularität[21].«

So war es nicht verwunderlich, daß die Gespräche zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Untergrund in den Jahren 1941 und 1944 lediglich Sondierungscharakter hatten; sie zeitigten keine Ergebnisse[22]. Die polnischen Vertreter beharrten auf der Unveränderlichkeit der Ostgrenzen Polens. Die Führung der polnischen Untergrundbewegung war, abgesehen von der bereits erwähnten Stimmung der polnischen Bevölkerung, davon ausgegangen – übrigens zu Recht –, daß für die Zugehörigkeit der Ostgebiete nicht die Aktivitäten der Ukrainer entscheidend sein würden. Freilich war es ein Fehler und naiv anzunehmen, daß die polnischen Gebietsforderungen die Unterstützung der Westmächte fänden.

Die Ukrainer schätzten die Lage ganz anders ein. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war für einen erheblichen Teil von ihnen die Chance zur Schaffung eines unabhängigen Staates, auf die sie seit Jahren gewartet hatten und die sie nicht verpassen wollten. Ein Hindernis für die Entstehung eines ukrainischen Staates sah man nicht nur in der UdSSR, sondern auch (und oft vor allem) in Polen. Unter den Ukrainern, ebenso wie unter den Polen, war die Überzeugung weit verbreitet, daß sich das Szenario von 1918 wiederholen, das heißt, daß der Krieg mit einer Niederlage der UdSSR und Deutschlands enden werde, und daß die Ukrainer einen weiteren Krieg mit den Polen um Lemberg führen würden.

Ein Teil der ukrainischen Bevölkerung (darunter zahlreiche Persönlichkeiten aus der Organisation der Ukrainischen Nationalisten um Melnyk) knüpfte seine Hoffnungen immer noch an das »Dritte Reich«. Deshalb unterstützten sie die Maßnahmen der deutschen Behörden, indem sie sich bei der Aufstellung von Polizeiformationen der verschiedensten Art und später der 14. SS-Division »Galizien« beteiligten. Man erblickte darin den Grundstock für die späteren ukrainischen Streitkräfte. Aus Sicht der Bandera-Fraktion stellte sich die Lage anders dar. Banderas Anhänger begannen im Jahre 1942 mit der Aufstellung von Partisanenabteilungen, die zugleich die Deutschen, die Sowjets und die Polen bekämpften. Diese Formation, bekannt unter dem Namen Ukrainische Aufständischenarmee (UPA), stellte im Jahre 1943 in Wolhynien eine ernstzunehmende Kraft dar. Die Bandera-Leute kannten den Standpunkt der polnischen Regierung in bezug auf die territoriale Zugehörigkeit Wolhyniens und Ostgaliziens. Sie wußten, daß ein möglichst frühzeitig aufgenommener, unerbittlich geführter Kampf die beste Lösung sei,

---

21 Vgl. Hryciuk, Polacy we Lwowie (wie Anm. 7), S. 383.

22 Zu den polnisch-ukrainischen Gesprächen vgl. u.a. Torzecki, Polacy i Ukraińcy (wie Anm. 3); Grzegorz Motyka und Rafał Wnuk, Pany i rezuny. Współpraca AK-WiN i UPA 1945-1947, Warszawa 1997.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

solange die Polen nicht mit Hilfe aus Zentralpolen und dem Westen rechnen konnten, die den Kampf, ebenso wie im Jahre 1918, zugunsten Polens entschieden hätte. Angesichts dieser Lage faßten sie den Beschluß, alle in den strittigen Gebieten lebenden Polen zu vertreiben (und in Wolhynien wahrscheinlich sogar zu ermorden), um bei eventuellen Friedensgesprächen über ethnisch »reine« Gebiete verfügen zu können.

Die Tatsache, daß solch ein Beschluß gefaßt wurde und die UPA anschließend eine blutige Operation durchführte, ist heute unstrittig. Dies bezeugen polnische, sowjetische, deutsche und ukrainische Dokumente, die Berichte von Hunderten von Personen, die die Pogrome überlebt haben, sowie die Exhumierungen von Opfern, die im Jahre 1992 in einigen Dörfern durchgeführt wurden[23]. Die These, wonach die Aktionen der UPA von den Deutschen und den Sowjets provoziert worden seien, findet keine glaubwürdige Bestätigung. Auf der anderen Seite haben die Morde an Ukrainern im Gebiet von Zamość, die nach Ansicht ukrainischer Autoren die Aktion der OUN-UPA (Organisation Ukrainischer Nationalisten-Ukrainische Aufständischenarmee) in Wolhynien auslösten, tatsächlich stattgefunden, allerdings erst im Jahre 1943, nach Beginn der Säuberungsaktionen in Wolhynien. Sie waren, zumindest zum Teil, eine Antwort auf das Vorgehen der Bandera-Leute[24].

Die Tatsache, daß die UPA eine antipolnische Aktion durchgeführt hatte, wird auch in der ukrainischen Literatur bestätigt. Darüber schrieben etwa Mykola Lebed', Ivan Lysijak-Rudnyckyj, Mychajlo V. Koval' oder Ihor I. Il'jušyn[25]. Besonders bedeutsam scheint die Ansicht von Ivan Lysijak-Rudnyckyj zu sein, der als einer der hervorragendsten ukrainischen Geschichtswissenschaftler des 20. Jahrhunderts angesehen wird. In einem seiner Essays heißt es: »eine ungeheure Tragödie, die während des Zweiten Weltkrieges in der West-Ukraine stattgefunden hatte, war das damalige polnisch-ukrainische Gemetzel [...] Und die politische Führung Polens hatte dadurch, daß sie die Rechte des ukrainischen Volkes auf ein freies Leben nicht achtete, ganz gewiß zu dieser Katastrophe beigetragen [...] Aber hier geht es um die Verantwortung der ukrainischen Seite. Es gibt Gründe zu der Annahme, daß auf ukrainischer Seite nicht örtliche, vereinzelte Exzesse stattgefunden hatten, sondern eine bewußte Kampagne zur ›Säuberung‹ der Gebiete von der polnischen

---

23 Aus der außerordentlich reichhaltigen Literatur über den polnisch-ukrainischen Konflikt sind zu empfehlen: Antoni B. Szcześniak und Wiesław Z. Szota, Droga do nikąd. Działalność Organizacji Nacjonalistów Ukraińskich i jej likwidacja w Polsce, Warszawa 1973; Torzecki, Polacy i Ukraińcy (wie Anm. 3); Ryszard Torzecki, Kwestia ukraińska w polityce III Rzeszy, Warszawa 1971; Andrzej Leon Sowa, Stosunki polsko-ukraińskie 1939-1947, Kraków 1998; Grzegorz Motyka, Tak było w Bieszczadach. Walki polsko-ukraińskie w Polsce 1943-1948, Warszawa 1999.

24 Zygmunt Mańkowski, Między Wisłą a Bugiem 1939-1944, Lublin 1982; Jan Markiewicz, Partyzancki kraj. Zamojszczyzna 1.1.1944-15.6.1944, Lublin 1985; Motyka, Tak było w Bieszczadach (wie Anm. 23), S. 133-208.

25 Mykola Lebed', UPA – Ukrains'ka povstans'ka armija: ii heneza, rist i dii u vyzvol'nij borot'bi ukrains'koho narodu za Ukrains'ku, Drohobyč 1993; Ivan Lysijak-Rudnyckyj, Istoryčny ese, Bd 2, Kyïv 1994; Mychajlo V. Koval', Ukraina v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach (1939-1945 rr.), Kyïv 1999; Ihor I. Il'jušyn, OUN-UPA i ukraïns'ke pytannja v roky druhoï svitovoï viiny (v svitli pol's'kych dokumentiv), Kyïv 2000; vgl. auch Oleh Haidai, Bohdan Chavarivs'kyi und Volodymyr Chanas, Kto požav »Buriu«? Armija Kraeva na Ternopilli 1941-1945 gg., Ternopil 1996.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Bevölkerung [...] Das Vorgehen der OUN-Leute gegen die polnische und jüdische Minderheit hat dem ukrainischen Volk nicht zur Ehre gereicht[26].«

Wenden wir uns wieder den Fakten zu. Die antipolnische Aktion der OUN-UPA – diese Bezeichnung wird in den ukrainischen Dokumenten verwendet – in Wolhynien begann im März und April 1943. Im Rahmen dieser Aktion wurden in den Kreisen Sarny, Kostopol, Dubno, Równe, Łuck, Zdołbunów, Krzemieniec sowie in Polesien im Kreis Stolin zahlreiche Ortschaften angegriffen und vernichtet. Zwei weitere Angriffswellen auf polnische Dörfer fanden dann im Juli und August sowie im Dezember 1943 statt. Nun waren die bis dahin relativ ruhigen Kreise Kowel, Włodzimierz, Horochów und Luboml betroffen. Die größte Aktion nahm ihren Anfang am 11. Juli 1943 und hatte 167 Ortschaften gleichzeitig zum Ziel.

Die ukrainischen Partisanen führten ihre Operationen mit äußerster Grausamkeit durch und töteten häufig die gesamte Bevölkerung einschließlich der Säuglinge und Greise. Bei den Überfällen kann man zwischen drei verschiedenen Arten unterscheiden. Bei der ersten handelte es sich um Überfälle auf einzelne Personen und kleine Gruppen, die auf dem Wege in eine andere Ortschaft waren, auf dem Felde arbeiteten usw. Bei der zweiten Art handelte es sich um Überfälle auf kleinere Ansammlungen von Polen, die in ukrainischen Dörfern oder in abseits gelegenen Kolonien lebten. Die dritte Form waren Angriffe auf größere Ansiedlungen der polnischen Bevölkerung, für die stärkere Kräfte zusammengezogen werden mußten.

Die polnische Bevölkerung wurde von Panik ergriffen. Die Menschen flüchteten in die Städte, sammelten sich in größeren Ortschaften, wo sie Stützpunkte für die Selbstverteidigung bildeten, versteckten sich auf Feldern, in Wäldern und in Sümpfen. Einen Teil der Flüchtenden verschleppten die Deutschen zur Zwangsarbeit ins Reich. Sie rekrutierten die Polen auch zur Hilfspolizei. Etwa 5000 bis 7000 Polen fanden Schutz bei sowjetischen Partisanen.

Schon nach den ersten Morden begann die Führung der Heimatarmee, Gegenmaßnahmen zu organisieren. Man beschloß, starke Verteidigungsbasen »bestehend aus jeweils über einem Dutzend von Dörfern mit großen Anteilen polnischer Bevölkerung [...] unter Anwendung von Befestigungsanlagen, Schützengräben und Sperren« zu errichten[27]. Ihre Verteidigung nahmen die örtlichen Untergrundverbände in die Hand. Zugleich entschloß man sich, starke, bewegliche Partisanengruppen aufzustellen (insgesamt neun solcher Gruppen), die von außen mit den Verteidigungsbasen zusammenarbeiten sollten. In Wolhynien entstanden unter der Leitung bzw. mit Beteiligung der Heimatarmee etwa 100 derartige Zentren. In einem von ihnen, in Przebraże im Kreise Łuck, fanden über 20 000 Personen Schutz. Etwa 40 Stützpunkte konnten dem ukrainischen Druck nicht standhalten und wurden vernichtet oder evakuiert. Dieses Schicksal ereilte beispielsweise die Huta Stepańska, die während des schwarzen Juli 1943 unter den Schlägen der UPA unterging.

---

26 Lysijak-Rudnyckyj, Istoryčny ese (wie Anm. 25), S. 494 f.
27 Armia Krajowa (wie Anm. 9), Bd 3, S. 127.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Am 15. Januar 1944 befahl der Kommandeur des Bezirks der Heimatarmee Wolhynien, Oberst Kazimierz Bąbiński »Luboń«, im Rahmen der Operation »Burza« die Aufstellung der 27. Infanteriedivision »Wolhynien« der Heimatarmee. Sie setzte sich u.a. aus Partisanenverbänden und einem Teil der Mitglieder der Selbstverteidigung zusammen. Auf diese Weise entstanden zwei Regimentsgruppierungen, eine südlich von Kowel und die andere nördlich von Włodzimierz. Der gesamte Großverband hatte eine Stärke von etwa 7000 Mann. Um die Operationsbasis auszuweiten, führte die Division Ende Januar mehrere Angriffe gegen die UPA durch, wobei sie den Raum von Kowel bis zu den Flüssen Stochód, Turia und Bug von deren Verbänden frei machte. Aus diesem Raum wurde auch die ukrainische Bevölkerung vertrieben, um sich vor Sabotageakten zu schützen. Im März 1944 nahm die Division Kontakt zu den sowjetischen Truppen auf; danach beteiligte sie sich an schweren Kämpfen gegen die Deutschen. Sie wurde dann letzten Endes, wie die meisten Verbände der Heimatarmee, die an der Aktion »Burza« beteiligt waren, von den sowjetischen Truppen entwaffnet[28].

Im Februar 1944 begann die antipolnische Aktion der OUN-UPA in Ostgalizien und erfaßte bis Juni jenes Jahres alle Kreise in diesem Raum. Eingeleitet wurde die Aktion am 27. Januar 1944 durch die gleichzeitige Liquidierung von 73 polnischen Hegern und Förstern. Der Befehl der Obersten Führung der OUN zur Durchführung der antipolnischen Aktion in Galizien hatte folgenden Wortlaut: »Aufgrund des offiziellen Standpunktes der polnischen Regierung in der Frage der Zusammenarbeit mit den Sowjets muß man die Polen aus unseren Gebieten entfernen. Ich bitte das wie folgt zu verstehen: Die polnische Bevölkerung ist anzuweisen, sich innerhalb von wenigen Tagen auf angestammte polnische Gebiete zurückzuziehen. Folgt sie dieser Anweisung nicht, sind Kampftrupps zu entsenden, die die Männer zu liquidieren und die Häuser und die Liegenschaften zu verbrennen bzw. zu zerstören haben. Ich weise noch einmal darauf hin, daß die Polen erst zum Verlassen der Gebiete aufzufordern und erst danach zu liquidieren sind, und nicht umgekehrt. (Ich bitte darauf besonders zu achten)[29].«

In Wirklichkeit hatten sich die UPA-Verbände während der Aktion oft nicht auf das Töten von Männern beschränkt. Den damaligen polnischen Meldungen sind auch Greueltaten zu entnehmen. In einer dieser Berichte heißt es, daß in dem Anfang Mai 1944 angegriffenen Dorf Dorżów im Kreise Stryj »die Bande 65 Personen ermordet hat, hauptsächlich Greise, Frauen und Kinder. Die Männer verteidigten sich, wobei sie zwei Angreifer töteten und mehr als ein Dutzend verwundeten. 20 Personen und drei Nonnen wurden in der Kirche ermordet, die ganze Inneneinrichtung der Kirche verbrannt[30].«

---

[28] Zum Thema 27. Infanteriedivision »Wolhynien« der Heimatarmee siehe: Michał Fijałka, 27 Wołyńska Dywizja Piechoty AK, Warszawa 1986; Józef Turowski, Pożoga. Walki 27 Wołyńskiej Dywizji AK, Warszawa 1990; Władysław Filar, »Burza« na Wołyniu, Warszawa 1997.

[29] Central'nyj Deržavyj Archiv Hromads'kych Objednan Ukraïny [Zentrales Staatsarchiv der Obersten Staats- und Verwaltungsorgane der Ukraine, CDAHOU], fond 3833, opis' 1, delo 3, Bl. 53.

[30] Raport z Ziem Wschodnich nr 39, in: Ocalone archiwum Polski Podziemnej. Ziemie Wschodnie II RP w dokumentach ze zbioru Wojciecha Bukata, Warszawa 1997.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Die UPA stellte dasselbe Ereignis wie folgt dar: »In der Nacht vom 8.5.44 hat die Gruppe Javors aus der hiesigen Kreiskampfgruppe das Dorf Dorżów umzingelt, in dem viele Polen lebten, um mit der Säuberung vom polnischen Element zu beginnen. Die Polen flüchteten in die Kirche, wo sie sich einschlossen. Andere hielten sich in Häusern auf, in die es nicht leicht war hineinzugelangen. Deshalb zündete man die Häuser an. Die Kirche, in der sich die Polen eingeschlossen hatten und somit nicht lebend gefaßt werden konnten, wurde ebenfalls verbrannt. Auf die flüchtenden Polen wurde geschossen [...], gefallen sind auch ein paar Ukrainer, die zusammen mit den Polen flüchteten. Während der Aktion wurden 60 Polen erschossen[31].«

Den ukrainischen Aktionen lagen systematische Überlegungen zugrunde, denn man wollte möglichst gute Ausgangspositionen für einen eventuellen Krieg gegen Polen gewinnen. Alles weist darauf hin, daß die Ukrainer bestrebt waren, starke Stützpunkte in den Karpaten und im Gebiet von Tarnopol einzurichten, danach Lemberg mit den umgebenden Ortschaften abzuriegeln und die Korridore von Lemberg nach Przemyśl und Lublin zu blockieren. Diese Tatsache ist möglicherweise ein Indiz dafür, daß die Ukrainer die polnischen Pläne zur Ausrufung eines Aufstandes kannten.

Um die Jahreswende 1943/44 erfaßte der offene polnisch-ukrainische Konflikt auch die Gebiete des heutigen Polens. Im März/April 1944 bildete sich in den Kreisen Lubaczów, Hrubieszów und Tomaszów Lubelski geradezu eine reguläre polnisch-ukrainische Front, die mit Partisanenverbänden besetzt war. Die Kämpfe in diesem Gebiet waren besonders erbittert. Am 10. März 1944 starteten die polnischen Partisanenverbände eine Offensive, vermutlich um der UPA-Aktion zuvorzukommen. In ihrem Verlauf verbrannten sie Dutzende ukrainischer Dörfer, u.a. Sahryń, Szychowice, Łasków und Bereść, und töteten etwa 1500 Ukrainer, hauptsächlich Zivilisten. Fast gleichzeitig trafen in diesem Raum starke UPA-Verbände aus Wolhynien und Ostgalizien ein. Diese verdrängten die polnischen Truppen in den Kreisen Hrubieszów und Tomaszów Lubelski nach erbitterten Kämpfen, unter anderen bei Posadów, Nabróże und Rzeczyca, hinter den Fluß Huczwa und im Kreis Lubaczów hinter die Chaussee Lubaczów-Tomaszów Lubelski. Die Heimatarmee evakuierte die polnische Bevölkerung aus diesen Gebieten weitgehend, ein Teil wurde jedoch von der UPA umgebracht[32].

Der polnisch-ukrainische Konflikt ging auch an Lemberg nicht spurlos vorbei. Dort kam es zur Ermordung einzelner Personen. Im März 1944 führten Verbände der Armia Krajowa – als Antwort auf die Liquidierung junger Polen – die Operation »Nieszpory« (Vesper) durch und erschossen in deren Verlauf elf ukrainische Polizisten. Im Juli 1944 leitete die Lemberger Heimatarmee dann die Aktion »Burza« ein. In der Zeit vom 18. bis zum 27. Juli unterstützte sie die Rote Armee bei der Eroberung der Stadt.

---

31 CDAHOU, fond 3833, opis' 1, delo 157, Bl. 62.

32 Vgl. Markiewicz, Partyzancki kraj (wie Anm. 24); Motyka, Tak było w Bieszczadach (wie Anm. 23).

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Während der Aktion soll es Grzegorz Hryciuk zufolge »in den von der Heimatarmee beherrschten Stadtteilen Lembergs zu Fällen von Lynchjustiz und zu Morden an Ukrainern gekommen sein«[33]. Er gibt leider keine weiteren Einzelheiten zu diesem Thema an. Der ukrainische Geschichtswissenschaftler Mychajlo V. Koval' stellte 1999 fest, daß die Armia Krajowa damals 728 Ukrainer getötet habe[34]. Die von Koval' genannte Zahl scheint übertrieben zu sein. Die ukrainischen Verluste dürften kaum mehr als 100 Tote betragen haben.

Die Polen hatten sich aber zweifellos nicht nur auf die Selbstverteidigung beschränkt. Sie führten blutige Vergeltungsaktionen durch (beispielsweise im März 1944 in dem bereits genannten Dorf Sahryń und im April 1945 in Piskorowice), denen ukrainische Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Dem Soldaten der Heimatarmee Wincenty Romanowski stellte sich die damalige Situation wie folgt dar: »Gemetzel und Raubüberfälle wurden mit bewaffneten Vergeltungsmaßnahmen beantwortet – mit Tötungsaktionen, Beschlagnahmungen und Plünderungen. Das Töten war als eine Tugend angesehen. Jugendliche, die ganze Familien verloren hatten, ritzten mit Sticheln auf den Karabinerkolben die Zahl ihrer Opfer ein. Die menschliche Gerechtigkeit verkam zur tierischen Rache [...] Nur die Offiziere büßten angesichts des allgemeinen Kriegsbrandes ihre Würde nicht ein [...] In den Kämpfen gegen die UPA wurden in der Regel keine Gefangenen gemacht. Auch Männer, die man ohne Waffen ergriff, blieben nicht verschont. Die Grundsätze und die Befehle der militärischen Führer scheiterten oft an dem Rache- und Vergeltungsbedürfnis der Untergebenen[35].«

Diese Tatsachen dürfen nicht verschwiegen werden. Man kann die Vernichtung ukrainischer Dörfer ganz bestimmt nicht mit dem »Eifer des Gefechts« erklären. Und obwohl die Zahl der getöteten Polen erheblich größer ist (nach glaubwürdigen Schätzungen kamen 80 000 bis 100 000 Polen und 15 000 bis 20 000 Ukrainer um – auf beiden Seiten hauptsächlich Zivilbevölkerung), darf man den Schmerz der ukrainischen Seite ganz gewiß nicht bagatellisieren.

Der eigentümliche polnisch-ukrainische »Krieg im Krieg« fand mit dem Vorrücken der Front und der Eingliederung der strittigen Gebiete in die UdSSR sein Ende. Es wurde offensichtlich, daß nicht die Polen der Hauptfeind der ukrainischen Unabhängigkeit waren. Aus diesem Grunde gab der Befehlshaber der UPA in Ostgalizien, Vasyl Sydor »Šelest«, am 1. September 1944 den Befehl zur Einstellung der »antipolnischen Massenaktionen«[36]. Von dieser Zeit an durfte man nur jene Polen angreifen, die in den sogenannten Vernichtungsbataillonen dienten; diese erfüllten die Funktion einer sowjetischen Hilfspolizei.

Die Übermittlung der Befehle an die Verbände dauerte mehrere Monate – und diese befolgten die Anordnungen nicht immer. Trotzdem kam es mit der Zeit zu einer Änderung der Taktik der UPA gegenüber den Polen. Dies manifestierte sich nach dem Ende der Armia Krajowa in Übereinkünften zwischen dem polnischen

33 Hryciuk, Polacy we Lwowie (wie Anm. 7), S. 389.
34 Koval', Ukraina v druhij svitovij (wie Anm. 25), S. 110.
35 Wincenty Romanowski, ZWZ-AK na Wołyniu, 1939–1944, Lublin 1993, S. 268.
36 CDAHOU, fond 3833, opis' 2, delo 3, Bl. 64–68.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Untergrund und der UPA, die in den Wojewodschaften Lublin und Rzeszów Ende April und Anfang Mai 1945 zustande kamen. Die Abkommen wurden zwischen Menschen geschlossen, die sich kurz zuvor noch unerbittlich bekämpft hatten. Sie führten dazu, daß sich die Zahl der Opfer verringerte. In der Wojewodschaft Lublin überdauerte das Abkommen bis 1947 und machte sogar einige gemeinsame Aktionen gegen die kommunistischen Machtorgane möglich[37].

Seit 1945 haben wir es folglich weniger mit den Kämpfen der Ukrainer gegen die Polen als vielmehr mit dem Kampf gegen die kommunistischen Aussiedlungen der Polen aus der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) und der Ukrainer aus Polen sowie mit der Reaktion des polnischen und ukrainischen Untergrunds auf diese Bevölkerungstransfers zu tun. Die Umsiedlungen waren das Ergebnis eines Abkommens, welches das kommunistische Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) mit der Regierung der USSR geschlossen hatte. Aufgrund dieses Abkommens mußten die Ukrainer Polen und die Polen die USSR verlassen. Da die Ukrainer – was nicht verwunderlich ist – nicht freiwillig ausreisen wollten, beschloß die Regierung der Volksrepublik Polen Gewalt anzuwenden. Auch die Aussiedlung der Polen aus der Ukraine nahm einen tragischen Verlauf, wenngleich die Druckmittel andere waren. Der NKVD versuchte, die UPA zu antipolnischen Aktionen zu provozieren, und organisierte Repressalien gegen die polnische Intelligenz. Nach offiziellen Angaben sind aus Polen 488 612 Personen und aus der Ukraine 789 000 Personen ausgesiedelt worden. Der einzige Unterschied zwischen den polnischen und ukrainischen Aussiedlern bestand darin, daß die Polen in ein Land kamen, in dem etwas mehr Freiheit herrschte.

Eine Verhaftungswelle des NKVD schwächte den polnischen Untergrund erheblich, doch bemühten sich Angehörige des Widerstands, durch Boykottmaßnahmen und Sabotageakte die Aussiedlung zu behindern. Sie versuchten, den Repatriierungspunkt des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung in Drohobycz in Brand zu setzen, liquidierten Mitglieder der Umsiedlungskommission sowie Agenten des NKVD und planten die Zerstörung der Brücken über den Dnjestr. Das letzte Vorhaben kam allerdings aufgrund fehlender Sprengmittel nicht zustande. Alle diese Maßnahmen brachten keine merklichen Ergebnisse, wenngleich der Boykott anfangs insofern wirksam war, als Chruščev Stalin den Vorschlag machte, einen Teil der Polen (insbesondere Menschen aus Lemberg und Drohobycz) ins Innere der UdSSR zu deportieren.

Den Wiederaufbau eines polnischen Untergrundes unterbrachen weitere Verhaftungen im Februar 1945, die endgültige Zerschlagung begann Mitte 1945. Der letzte Kommandeur des Bezirkes Lemberg reiste im Oktober 1945 nach Polen aus.

---

37 Das Hauptziel der UPA in Polen bestand darin, sich der Aussiedlung der ukrainischen Bevölkerung entgegenzustellen und konspirative Verbindungen zwischen der Ukraine und Westeuropa zu schaffen. Der größte Teil der Partisanenverbände wurde im Jahre 1947 bei der Operation »Wisła« (Weichsel) vernichtet. Im Rahmen dieser Operation siedelte man die in Polen verbliebenen Ukrainer aus den Südostgebieten in die West- und Nordgebiete um. Dies erfolgte so verstreut, daß sie in der übrigen Bevölkerung aufgehen mußten. Einzelne Partisanengruppen wurden noch im Jahre 1948 vernichtet. Zum polnischen antikommunistischen Untergrund und zur UPA vgl. Motyka/Wnuk, Pany i rezuny (wie Anm. 22).

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

Noch bis Mai 1946 erschien in Lemberg die Zeitung »Słowo Polskie«, die den Nationaldemokraten nahe stand[38].

Was die ukrainische Frage betrifft, so wurden als Antwort auf die Aktionen der UPA Vergeltungsschläge gegen die ukrainische Zivilbevölkerung durchgeführt. Die meisten ereigneten sich in der Zeit von Februar bis April 1945 auf dem Gebiet des heutigen Polen in dem Streifen von Lubaczów bis Sanok – dabei fanden über 2000 Menschen den Tod. Flugblätter in ukrainischer Sprache riefen im Namen der UPA zum Kampf gegen die Bolschewiken auf und suggerierten, daß die geringe Zahl der in Ostgalizien lebenden Polen keine Gefahr mehr für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine darstelle. Die Führer der Heimatarmee nahmen ebenfalls wieder Gespräche mit dem ukrainischen Untergrund auf, um eine Verständigung oder zumindest eine gegenseitige Neutralität zu erreichen. Sie waren erfolglos, wenngleich es nicht ausgeschlossen ist, daß an einigen Orten, z.B. im Kreise Stryj, Abkommen zustande kamen und man gemeinsam gegen die Sowjets agierte. Diese Art von Vereinbarungen hatten jedoch einen eindeutig lokalen Charakter[39].

Die Aussiedlung der Polen aus der sowjetischen Ukraine bedeutete keinen Schlußpunkt für den Widerstand der UPA, die noch bis 1954 einen organisierten Kampf gegen die kommunistische Macht führte. Die letzte UPA-Abteilung wurde 1956 in Polesien vernichtet. Die Tatsache, daß die ukrainischen Partisanen ungeachtet der brutalen Repressalien seitens der sowjetischen Machtorgane solange den Kampf haben fortsetzen können, ist ein Beweis dafür, daß sie die Unterstützung eines erheblichen Teils der Bevölkerung genossen.

Ihor I. Il'jušyn vertritt folgende Ansicht: »Der ukrainisch-polnische Konflikt in den west-ukrainischen Gebieten konnte nicht ohne tragische Folgen für die ansässige Zivilbevölkerung abgehen. Die große Mehrheit der Bevölkerung, sowohl Ukrainer als auch Polen, hatte zu Recht Wolhynien, Ostgalizien, das Gebiet von Chełm, Podlachien, das Wohngebiet der Lemken und das San-Gebiet für ihr Heimatland gehalten, geschaffen durch schwere Arbeit vieler Generationen. Aus diesem Grunde waren sie unmittelbar am Sieg einer der kämpfenden Parteien – UPA oder Heimatarmee – interessiert und ließen sich deshalb in den Konflikt hineinziehen[40].« Man muß dieser Meinung zustimmen; allerdings mit dem Vorbehalt, daß der Konflikt nicht solch einen überaus blutigen Verlauf haben mußte. Die von der UPA durchgeführte antipolnische Operation hätte gar nicht stattfinden müssen. Die polnische Operation »Burza« offenbarte die Unwirksamkeit solcher Maßnah-

---

38 Vgl. Więgierski, Lwowska konspiracja narodowa i katolicka (wie Anm. 5); ders., Oddziały leśne 19 Pułku Piechoty, Kraków 1993.

39 Motyka/Wnuk, Pany i rezuny (wie Anm. 22), S. 79–83. Nikita Chruščev schrieb in diesem Zusammenhang an Stalin: »die verhafteten Mitglieder der nationalistischen Banden haben ausgesagt, daß in der letzten Zeit Gespräche zwischen den Führern der UPA und den polnischen Nationalisten stattgefunden hätten, die darauf abzielten, die Kämpfe zwischen den OUN-Banden und den Polen zu beenden, um die Kräfte beider Parteien gegen die Sowjetmacht zu richten. Da in der letzten Zeit die Zahl der gegen die polnische Bevölkerung gerichteten Terrorakte der ukrainisch-deutschen Nationalistenbanden [so die UPA-Verbände im offiziellen Sprachgebrauch der Sowjets, G.M.] sich deutlich verringerte, sind vermutlich in einer ganzen Reihe von Gebieten solche Vereinbarungen zustande gekommen.« CDAHOU, fond 1, opis' 23, delo 1060, Bl. 13.

40 Il'jušyn, OUN-UPA (wie Anm. 25), S. 134 f.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM

men. Den Polen war es gelungen, starke militärische Kräfte bereitzustellen, welche, wenn die Situation von 1918 sich wirklich wiederholt hätte, wohl in der Lage gewesen wären, der UPA Paroli zu bieten. Die Schlußphase von »Burza« zeigte jedoch, wie sinnlos auch der ukrainische Kampf war, da die UdSSR sich die strittigen Gebiete ohnehin einverleibte.

* * *

Grzegorz Motyka, Dr. phil., geb. 1967, wiss. Mitarbeiter am Institut für Politische Studien an der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), ul. Polna 18/20, 00-625 Warszawa. E-mail: grzemot.@wp.pl.

Übersetzung aus dem Polnischen von Klaus Pohler, Bundessprachenamt Hürth.

Brought to you by | New York University Elmer Holmes Bobst Library
Authenticated
Download Date | 10/22/14 11:51 AM